

03.04.2017

Brutale "Säuberungen" und Verfolgungswelle in Tschetschenien

Deutschland muss aktiv werden, um Homosexuelle vor Ermordung und Verfolgung zu schützen

*Anlässlich der Medienberichte über eine staatlich organisierte Verfolgungswelle gegen Homosexuelle in der autonomen Republik Tschetschenien erklärt **Uta Schwenke, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)**:*

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) verfolgt mit großer Sorge und Bestürzung die aktuellen Nachrichten aus Tschetschenien. Die deutsche Politik muss den Meldungen zu diesen brutalen Menschenrechtsverletzungen sofort nachgehen und gegebenenfalls gegenüber den tschetschenischen Behörden alle Anstrengungen unternehmen, um das Leben von Homosexuellen in Tschetschenien zu schützen. Dazu hat der LSVD Bundesaußenminister Sigmar Gabriel, die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Bärbel Kofler und den Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses im Bundestag Prof. Dr. Matthias Zimmer in Briefen gebeten.

Der LSVD drängt weiterhin darauf, gegenüber der russischen Regierung aktiv zu werden. Diese muss bei den Machthabern in Grosny ebenfalls auf Aufklärung drängen und klarstellen, dass die staatlich organisierte Ermordung und brutale "Säuberungsaktionen" gegen Homosexuelle gravierende Menschenrechtsverletzungen darstellen, die mit allen Mitteln geahndet und verhindert werden müssen. Auch Tschetschenien hat sich an menschenrechtliche Standards und Verpflichtungen zu halten.

Hintergrund

Laut Medienberichten sollen in der autonomen Republik Tschetschenien seit dem Wochenende sollen drei schwule Männer ermordet worden sein, über 100 weitere Männer verschleppt. Igor Koschetkow, Sprecher des langjährigen LSVD-Kooperationspartners Russian LGBT Network, hat die Vorkommnisse in einem [Radiointerview \[http://www.queer.de/detail.php?article_id=28566\]](http://www.queer.de/detail.php?article_id=28566) bestätigt.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de